5. Dezember 1933

ake

litäten

95
1.85
95
, Leinen
1.95
3.15
4.15
4.70
95
chdecken
efeld
straße 35
ndem Wert
-Bestecke
Brackwede
nchor. Am Montag,
eum noch eine Probe
1 und 3.
ritt die Jungenschaft
en" um 3 Uhr nach-
hel-Gadderbaum an.
jedes Jahr zu Weih-
ensmittel und dergl.
chen dieses Mal für
nnabend, 16. 12., bei
kommenden Montag
alsdann die Verteil-
wollen wir im Geben
er Volksgenossen im
s einer dem andern
ilfe: Mühlinghaus,
.S.-Volkswohlfahrt.
empfehlen wir:
kandel-Spekulatius
pitzkuchen
grupplätzchen
koppen
onigkuchen
Marzipan
Bäckerei Bethel.
rkaufen. Niedieksho

Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.65 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 271. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 16. Dezember 1933. | 15. Jahrgang.

Mag auch Finsternis die Erde decken,
Dunkelheit die Völker hüllen ein:
Horch, ein Klingen will das Herz dir wecken —
„Komm nach Hause — es will Weihnacht sein!"

Marie Sauer.

Westfälische Provinzialsynode.

Bedeutsame Reden der kirchlichen Führer. — Trennung der westfälischen Gruppe der „Deutschen Christen" von der Berliner Reichsleitung.

Die Westfälische Provinzialsynode, die am Mittwoch, dem 13. Dezember, unter großer Anteilnahme der Oeffentlichkeit zu einer außerordentlichen Tagung in Dortmund zusammentrat, wurde eröffnet mit einer Ansprache ihres Präses D. Koch. Er begründete den von außerordentlich vielen Gemeinden geforderten Zusammentritt dieser Synode einmal mit der Gefährdung der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung durch das Bischofsgesetz und die Richtlinien der Reichskirchenregierung für die Gestaltung der Landeskirchen, die das im Staat berechtigte und bewährte Führerprinzip in den Raum der Kirche übertragen wolle, während doch das Amt in der Kirche immer nur an das Wort und nie an die Person dessen, der dem Worte dient, binde. Auch die Erregung der Gemeinden über die Vorgänge in der bekannten Sportpalastversammlung habe den Zusammentritt nötig gemacht. Die Synode, die kein Parlament der alten Zeit sei, wisse um ihre Verantwortung für das Neuwerden in der Kirche. Gerade, weil sie darum bete, daß es dem Führer gelinge, unser Volk zur Freiheit zu führen, wolle sie, daß die Kirche ihren Dienst in der Verkündigung des Wortes recht tue, um Gott allein und so dem Volke in rechter Weise zu dienen. Gegenwartsnah und zukunftsoffen freue sie sich der geistigen Bewegung in unserem Volke. Gerade hieraus erwachse ihre besondere Verpflichtung zu kraftvoller Volksmission, durch welche sie unserem Volke das Evangelium zu bringen habe, das jeden heute wie zu Jesu Zeiten unter das Wort von Sünde und Gnade stelle.

Nach kurzen Begrüßungsworten des Präses an den Vertreter des Reichsbischofs, Herrn Kirchenminister Prof. D. Beyer, den Präsidenten der Nationalsynode, Dr. Werner, Herrn Oberkonsistorialrat Thom, Herrn Bischof Adler und den Vertreter der Theologischen Fakultät von Münster, D. Schmitz, ergriff Kirchenminister D. Beyer das Wort zu einer programmatischen Rede.

Er überbrachte die Grüße des Reichsbischofs und gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine echte evangelische Synode gehalten werde. Die Lage, wie sie durch den Kampf der vergangenen Monate geworden sei, könne nur in gemeinsamer Buße und Vergebung überwunden werden. Diesen Weg wolle die Reichskirchenregierung der deutschen Kirche zeigen und vorleben. Sie sehe darin drei Aufgaben: Man müsse erstens zurückgehen zu dem Ansatz des Frühlings, nämlich das rechte Verhältnis von Staat und Kirche zueinander zu finden. Beide seien Schöpfungen Gottes und auf Tod und Leben miteinander verbunden. Es müsse der Satz zur Geltung kommen: Religion ist Volkssache. Zweitens müsse eine rechte innere Einheit der deutschen evangelischen Kirche geschaffen werden. Sie könne nicht geschaffen werden durch eine oberflächliche Verdeckung der Gegensätze, sondern allein durch die Sammlung im Glauben im Gehorsam gegen den Herrn der Kirche und in Verantwortung für unser deutsches Volk. Endlich müsse es zu planmäßiger und kraftvoller Einsetzung aller kirchlichen Kräfte zum Dienst und der Mission an unserem Volke kommen. Dabei sei gewiß wahr, daß der Mensch immer der gleiche bleibe, aber das Gesetz seines Lebens verändere sich, und darauf habe kirchliche Volksmission zu achten. Entscheidend sei zur Erreichung dieser Ziele, daß wir uns alle wieder zusammenfänden in der Gemeinde. Er skizzierte dann kurz Inhalt und Bedeutung der neuen Reichskirchengesetze, insbesondere das über das Rechtsverhältnis der Pfarrer und Beamten, durch das auch die Durchführung der rassischen Anforderungen gewährleistet sei, die die geschichtliche Lage erfordere. Endlich zeichnete er die neuen Aufgaben, vor denen die Reichskirchenregierung stehe. In diesem Zusammenhang wies er besonders darauf hin, daß die letzten Richtlinien für die Kirchenverfassung der Landeskirchen zurückgezogen und durch eine neue Vorlage ersetzt werden. Diese werde versuchen, theologische Richtlinien über das Wesen und den Sinn der Kirche und Gemeinde aufzustellen. Nichts könne in der Kirche gestaltet werden, was nicht theologisch begründet sei. Die Vorlage werde auch Achtung vor der geschichtlichen Situation zeigen: Morsches müsse fallen, aber Lebendiges aus der Vergangenheit sei zu erhalten.

Dr. Werner ergriff in seiner nun folgenden kurzen Ansprache die Gelegenheit zu der Erklärung, daß die von Dr. Krause gegebene Darstellung seines Verhaltens in der Sportpalastkundgebung nicht den Tatsachen entspreche.

Bischof Adler führte aus, daß er nicht ohne Sorge der Tagung entgegengesehen habe aus der Befürchtung, es könnten Klüfte erweitert werden. Er erhoffe aber brüderliche Aussprache, wenn sich alle einig seien, einen Auftrag von dem gemeinsamen Herrn der Kirche zu haben. Er benutzte die Gelegenheit zu der Erklärung, daß die Glaubensbewegung Deutsche Christen in Westfalen sich von der Reichsleitung losgesagt habe, um die unveräußerlichen Aufgaben der Glaubensbewegung besser durchführen zu können. In dieser Zeit sei es dringlichste Aufgabe, dem neuen deutschen Volk das Wort Gottes zu bringen. Das aber liege gewiß allen am Herzen.

Die Begrüßungsansprache von D. Schmitz gipfelte in einer Erklärung der Theologischen Fakultät zu Münster, daß sie jedem Angriffe auf Bibel und Bekenntnis unbeugsamen Widerstand entgegensetzen werde.

Als Vertreter der Glaubensbewegung Deutsche Christen sprach sodann Pastor Jungklausen. Bei der Volkwerdung unserer Tage sei ein Schreien nach dem lebendigen Gott in unserem Volke aufgebrochen. Diesem Schreien könne nur mit dem Evangelium von dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn nach der vollen Schrift Alten und Neuen Testamentes geantwortet werden. Aber diese Verkündigung dürfe nicht irgendwohin gehen, sondern habe sich zu wenden an die fragende Seele unseres Volkes. Ihr müsse das Evangelium als gestaltendes, lebendiges dargebracht werden. Wenn die Westfälische Glaubensbewegung sich von der Reichsleitung getrennt habe, so darum, weil unter dieser Reichsleitung die Reinheit der deutschen evangelischen Kirche völlig zerstört werde. Jetzt erst sei die Möglichkeit zum Anfangen der echten Glaubensbewegung gegeben. Das Jahr 1933, das unserem Volk politisch die Einheit gegeben habe, dürfe die Kirche nicht in der Zerrissenheit lassen. Das Steuer müsse jetzt herumgerissen werden, damit das Evangelium auch das letzte Haus erreiche.

Auf diese von der gesamten Synode mit großer innerer Bewegung gehörten Worte antwortete Pfarrer Lücking mit Worten des Dankes. Auch dem Herrn Kirchenminister Beyer dankte er, ohne daß er freilich darauf verzichten konnte, einige Bedenken anzumelden. Es bleibe die Sorge bestehen, daß nicht nur die Form der Darbietung des Evangeliums an das jetzige deutsche Volk gewandelt werden solle. Die Forderung nach dem artgemäßen Christusglauben schließe die Gefahr in sich, daß die Art des deutschen Volkes und seine geschichtliche Lage dafür bestimmend sein solle. Das Wort aber richte sich nach keinem Menschen, wohl aber richte es alle Menschen. Durch dieses Wort von Christus allein werde Kirche. Das erwachte Lebensgefühl des deutschen Volkes sei etwas Großes, aber nun komme alles darauf an, daß dieses erwachte Volk sich für oder wider Christus entscheide. Aus dem Erwachen allein könne auch ein religiöser Rausch entstehen, der nichts mit Christentum zu tun habe. Hier sei eine Gefahr, die alle miteinander zu erleiden hätten. Der starke Hinweis auf das Volk habe leider bei der Reichsleitung dazu geführt, daß Methoden des Staates, die für ihn nach göttlicher Ordnung voll berechtigt seien, in fälschlicher Weise in der Raum der Kirche hineingetragen würden. Wer Christus gehöre, gehöre auch seinem Volk ganz, und das nicht nur Kraft des Blutes, sondern durch den Auftrag Gottes. Eine bindendere Verpflichtung als diese, gebe es nicht. Die Obrigkeit erkenne jeder als Gottes gnädiges Regiment; aber einen christlichen Staat gebe es nicht. In der Kirche hätten Bestimmungsrecht allein die lebendigen Glieder, die sich unter das Wort stellten.

Auf Grund der Darlegung von Pfarrer Jungklausen und Pfarrer Lücking hätte sich nun eine gesegnete Zusammenarbeit beider Gruppen erwarten lassen. Leider wurde diese Erwartung gestört durch die nun folgenden Ausführungen des den „Deutschen Christen" zugehörigen Synodalen Lange-Hamm (Mitglied des Kirchensenats). Als Deutscher Christ protestierte er gegen die Verdächtigungen, die die Glaubensbewegung in den letzten Monaten habe erdulden müssen. Zugleich wagte er erneut den politischen Vorwurf gegen die Gegner der Deutschen Christen und griff dabei im Verlauf seiner Rede ausdrücklich den Präses der Provinzialsynode, den Führer der Bekenntnisfront Evangelium und Kirche an. Die Synode hörte diese Vorwürfe und Angriffe sehr ruhig, aber mit tiefem inneren Schmerz an, minderten sie doch erheblich die Aussicht auf eine gedeihliche Zusammenarbeit, die eben so erfreulich erwacht war. Die sachliche und sichere Leitung des Präses ließ es aber zu keinerlei Unruhe kommen.

In einem abschließenden Worte wies Kirchenminister Beyer darauf hin, daß wir noch einmal die ganze Not der Kirche gesehen hätten, jetzt aber komme es darauf an, daß das Evangelium hineingetragen werde in unser Volk in dieser bestimmten geschichtlichen Stunde.

Zum Schluß wurden drei Ausschüsse eingesetzt, einer für die Neugestaltung der Kirchenordnung, ein zweiter für das evangelische Jugendwerk und ein dritter für Innere Mission und Volksmission. Damit wurde die erste bedeutsame Sitzung geschlossen. Zunächst haben nun die Ausschüsse zu beraten. B. A. C.

Großdeutsch und Kleindeutsch.

Vergessene Aeßerungen Bismarcks. — Ein aktuelles Aktenstück aus dem Wiener Archiv.

Von * * *.

Unter den unzähligen wichtigen Geheimakten des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs verbirgt sich bescheiden ein Bericht des seinerzeitigen österreichischen Gesandten in Washington, des Barons Lederer, der eine auch damals richtig gewertete, heute aber ganz besonders aktuell und wichtig gewordene Aeußerung des Fürsten Bismarcks auf kuriosen Umwegen wiedergibt.

Baron Lederer berichtet an seine oberste Behörde, also an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Wien, über den Wortlaut eines Gespräches, das Fürst Bismarck mit dem berühmten Generalissimus und Reorganisator der amerikanischen Armee, dem General Sheridan, führte.

General Sheridan war im Jahre 1870/71 gelegentlich des deutsch-französischen Krieges als neutraler Beobachter und Sachverständiger seitens der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika nach Europa auf die Kriegsschauplätze entsendet worden. Er war also bestimmt ein im wahrsten Sinne des Wortes neutraler, objektiver und unbeteiligter Beobachter, welche Tatsache den Wert seiner Aussagen und Mitteilungen besonders erhöht, da diese vom amerikanischen Standpunkt vollständig uninteressiert sind.

Dem in Washington akkreditierten österreich-ungarischen Gesandten Baron Lederer ist es gelungen — auf welche Weise, das wird wohl nie genau nachweisbar sein, sicherlich aber „auf vertraulichem Wege" — diesen Bericht in die Hände zu bekommen, und er hatte sich selbstverständlich beeilt, eine Abschrift davon nach Wien weiterzuleiten.

Aus diesem Bericht über das Gespräch zwischen dem Fürsten Bismarck und dem General Sheridan geht klar hervor, daß Fürst Bismarck schon damals zielbewußt, zähe und auf lange Hand vorbereitet den Anschluß Oesterreichs an Deutschland als nächste Aufgabe des Deutschtums betrachtete. Wenn er dann im Laufe der nächsten Jahre scheinbar von diesem Wege auch abwich, so bedeutet das für jeden Kenner der Bismarck'schen Politik und Diplomatie keinesfalls einen Verzicht auf dieses Endziel, vielmehr eine elastische Anpassung an die geänderten Verhältnisse; Bismarck änderte in diesem Punkte höchstens seine Taktik, keinenfalls aber seine Politik. Sein bekannter Ausspruch „Nur der Ochs ist konsequent, weil er immer Heu frißt" hat auch in diesem Fall eine praktische Verwendung gefunden; Bismarck steuerte zwar unbeirrt auf diesen Anschluß los, ließ sich aber, gute Miene zum bösen Spiel machend, auf Umwege leiten, damit er letzten Endes dann — er oder sein Nachfolger — diesen Anschluß verwirklichen könne.

Der Bericht des Barons Lederer lautet:

New York, den 15. Juni 1871

„An Seine Exellenz den Grafen von Benst.

Hochgeborener Graf,

General Sheridan, welcher von der hiesigen Regierung beauftragt gewesen war, den Verlauf des deutsch-französischen Krieges in beiden Heerlagern zu beobachten, hat nach seiner Rückkehr in Washington dem Präsidenten Grant und hierländischen Staatsmännern die Eindrücke seiner Erlebnisse in Europa mitgeteilt.

Wie mir davon in ganz vertraulicher Weise bekannt gegeben worden ist, hat General Sheridan eines Gespräches mit Fürsten Bismarck Erwähnung gemacht, dessen Tendenzen einzuberichten ich für meine Pflicht halte.

Fürst Bismarck bemerkte dem General Sheridan, daß er wohl nicht glaube, daß er sein Werk zu Ende gebracht

habe. Er habe es begonnen und sei gezwungen es zu vollführen.

Frankreich sei auf zehn bis fünfzehn Jahre paralisiert, und diese Zeit müßte er ausnützen, um die volle Einigung Deutschlands zu realisieren, nachdem Oesterreich als Staat für sich nicht lange mehr werde bestehen können. Seine Stütze hierbei werde die russische Regierung sein, die ihrerseits ihre Zwecke im Oriente ungehindert werde verfolgen können, und daß er auch auf die Sympathie der deutschen Bevölkerung in Amerika in dem Laufe der Ereignisse rechne.

Dieses Gespräch des Fürsten Bismarck mit General Sheridan ist eine unwiderlegbare Thatsache.

Man bemerkte mir hierzu, daß man wohl in Wien alle diese Pläne der preußischen Regierung kennen werde.

Diese Tendenzen können nicht Wunder nehmen, denn sie schweben in der politischen Atmosphäre der Gegenwart, aber erstaunen muß man, daß Fürst Bismarck sie so unverholen seiner Umgebung mittheilt, indem Solches auf einen gereiften Plan zur Ausführung derselben schließen läßt und wozu leicht ein Vorwand gefunden werden kann.

Von meinem hiesigen Standpunkt aus muß ich hier anführen, daß die hierländische deutsche Bevölkerung für die Einigung Deutschlands, nicht aber für Preußen oder für die preußische Dynastie begeistert ist, sondern ganz unverholen die Verschmelzung des Peußenthums in Deutschland nur durch spätere Beseitigung der preußischen Dynastie für möglich erkennt, eine Ansicht, welche die Vertreter Preußens in Amerika bei jeder Gelegenheit zu hören in dem Falle sind, wie z. B. der preußische Gesandte Baron Gerolt bei einem Abschiedsdiner vom Senator Patterson einen Toast: Auf die künftige Republik Deutschland, anzuhören gezwungen war.

Genehmigen Euer Excellenz den Audruck meiner tiefen Ehrfurcht Lederer".

Wie aus diesem Bericht ersichtlich, war also Bismarck bestimmt kein Anhänger der „kleindeutschen" Politik; das, was ihm vorschwebte, war kurz und bündig gesagt eine Union, eine Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich.

Die Aufschrift des Aktenumschlages zeigt und beweist, daß das Wiener Außenministerium das, was der Gesandte hier angedeutet hat, sehr wohl verstanden und mit dem richtigen Namen zu nennen wußte.

Diese Auschrift der „Rückseite" lautet:

No. 21 Politische Gegenstände

New York, den 15. Juny 1871

Freiherr von Lederer

Gespräch des Fürsten Bismarck mit Generalen Sheridann über die von ihm beabsichtigte Einverleibung der deutschen Provinzen von Oesterreich in Deutschland."

Man wird zugeben müssen, daß diese Dokumente, vielfach einen anderen Bismarck zeigen als manche landläufige Darstellungen: Einen Bismarck, der immer nach einer großdeutschen Ueberzeugung handelte, der nie mehr verwirklichen wollte als die Umstände es jeweilig zuließen: Und das ist eben Politik.

Aus den Kolonien.

Die Demoralisation der schwarzen Armee Frankreichs.

Die üblen Erfahrungen mit den in Frankreich garnisonierten Eingeborenentruppen haben der Dépeche Coloniale zufolge die französische Regierung veranlaßt, in dem Kolonialetat für 1934 einen Sonderposten für den Austausch von jährlich 5000 Eingeborenensoldaten auszuwerfen. Als Begründung wird angeführt, daß der Geist und die Manneszucht dieser Truppen trotz schärfster Kontrolle bei einem Daueraufenthalt in Frankreich untergraben wird. Es habe sich als nachteilig herausgestellt, einen Eingeborenen zu lange seinem natürlichen Wirkungskreis sowie seiner Familie und seinem Stamm fernzuhalten. Er kehre entfremdet in die Heimat zurück, sei mit sich und der alten Umgebung unzufrieden und stifte dort nur Unruhen. Auch die Art des Zusammenkommens mit untergeordneten Klassen der weißen Bevölkerung wie überhaupt eine zu enge Fühlungnahme mit der europäischen Zivilisation wirke demoralisierend auf das Gemüt des Eingeborenen. Die Zusammenstellung militärisch ausgebildeter Massen von solchen Truppen leistet ferner entstehenden Meinungsverschiedenheiten, besonders unter den Muselmanen, Vorschub.

Es scheint, als ob man wenigstens in einigen Kreisen Frankreichs allmählich die Gefahren erkennt, die der französische Militarismus mit seiner Eingeborenenarmee heraufbeschworen hat. Wahrscheinlich steht die Reise des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten französischen Kriegsrates, General Weygand, nach Marokko unmittelbar damit in Verbindung.

*

Eine englische Stimme: Die Verwendung farbiger Truppen war ein Verbrechen.

Die englische Zeitschrift „East Africa" veröffentlicht eine Zuschrift, die sich scharf gegen einen zukünftigen Einsatz farbiger Truppen in europäischen Kriegen wendet. Die veränderte Einstellung der Eingeborenen zum Europäer sowie die Einbuße des Ansehens der weißen Rasse bei den farbigen Völkern sei ursprünglich dadurch hervorgerufen worden, daß Engländer und Deutsche in Ostfrika unter Mitwirkung der Eingeborenen die Waffen kreuzten. Der Afrikaner kannte bis dahin keinen Unterschied zwischen Europäern. Das Ergebnis dieses Kampfes mußte von den Eingeborenen daher, ganz gleich wer als Sieger hervorging, als die Besiegung einer von ihm bisher für unüberwindlich gehaltenen weißen Nation gewertet werden. Vollends verheerend auf die Stellung des Europäers sei es gewesen, daß farbige Truppen aus englischen und französischen Kolonien auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingesetzt worden seien, und es sei nur zu hoffen, daß bei einem nochmaligen Kriege in Europa — den der Himmel verhüten möge — die Heranziehung farbiger Truppen durch gegenseitige Verträge ausgeschaltet werde.

Anmerkung: Die englische Erkenntnis kommt leider zu spät. Deutschland hat dauernd auf die ungeheuren Folgen solcher Handlungsweise hingewiesen, und Frankreich, das schon 1870/71 seine Turkos heranführte, hat auch heute noch nichts in dieser Beziehung gelernt.

Gedenket der hungernden Vögel!

Auslandsreise Simons

Besuch in Paris, Rom und Berlin?

Der englische Außenminister Sir John Simon begibt sich am 21. Dezember nach Paris, wo er mit dem französischen Außenminister Paul-Boncour eine Besprechung haben wird. Von Paris reist Minister Simon zur Erholung nach Capri weiter. Wie aus London berichtet wird, rechnet man damit, daß der englische Außenminister unterwegs auch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini zusammentreffen wird. Ein Blatt spricht übrigens von der Möglichkeit, daß Sir John Simon seine Reise auch nach Berlin ausdehnen wird. Das englische Kabinett soll den Reiseplan bereits gutgeheißen haben. Gleichzeitig wird bekannt, daß der britische Botschafter in Berlin in London eingetroffen ist.

Nach Mitteilung des „Daily Telegraph" ist das englische Kabinett der Auffassung, daß die beste Politik darin bestehe, auf jede nur mögliche Weise die Fortsetzung der unmittelbaren Besprechungen zwischen den Hauptstädten Europas zu unterstützen. Die Mitteilungen, die Lord Tyrrell der französischen Regierung überbringen solle, berücksichtigten wohl die Schwierigkeiten, denen die französische Regierung gegenüberstehe, aber er werde den Franzosen auf ihren Wunsch nach weiteren englischen Garantien keine Zusage geben können. England sei es nicht möglich, neue Verpflichtungen in Europa einzugehen, es könne auch nicht einem System automatischer Sanktionen zustimmen.

Wenn die französischen Minister zusammen mit dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch, der am Donnerstag in Paris eingetroffen ist, jetzt die Lage erörterten, würden sie über zwei Punkte zu entscheiden haben: 1. ob die unmittelbaren Verhandlungen mit Deutschland fortgesetzt werden sollten oder nicht, 2. ob und welche Zugeständnisse sie machen könnten, um eine baldige Verwirklichung des deutschen Anspruches auf Rüstungsgleichberechtigung zu ermöglichen.

Reichsminister Dr. Schmitt in London

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt ist in London eingetroffen und vom deutschen Botschafter und dem Botschaftsrat Fürsten Bismarck empfangen worden. Minister Dr. Schmitt gab englischen Zeitungsvertretern die Erklärung ab, daß er sich in England ungefähr drei Tage aufhalten werde. Er wolle an einer Hochzeit im Kreise von Verwandten teilnehmen. Die Hochzeit werde nicht in London stattfinden.

Im Verlaufe seiner Anwesenheit in London hatte Reichsminister Dr. Schmitt bereits eine Unterredung mit Macdonald und Sir John Simon.

*

Staatssekretär Suvich abgereist.

— **Berlin,** 14. Dezember. Der Leiter des italienischen Außenministeriums, Staatssekretär Suvich, der in Erwiderung des Besuches der deutschen Minister in Rom Anfang der Woche als Vertreter des Chefs der königlichen italienischen Regierung nach Deutschland gekommen war, hat am Donnerstag abend Berlin verlassen. Vor seiner Rückkehr nach Italien wird er als Gast der Regierung noch einige Tage in Köln und München verweilen. Der Aufenthalt des italienischen Staatsmannes in Berlin bot der Reichsregierung Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen, in dem freundschaftlichen Geist, der die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auszeichnet.

Finnisches Schiff gesunken

12 Tote.

Bei den Alands-Inseln stieß das finnische Schiff „Pius" in der Nähe von Mariehamn im Sturm auf Grund und sank innerhalb weniger Sekunden. Nur vier Angehörige der Besatzung konnten sich retten, die übrigen 12 ertranken. Von dem Wrack sind nur noch die Mastspitzen über dem Wasserspiegel sichtbar.

Bar-Spenden für das
Winterhilfswerk
Bethel-Gadderbaum
können eingezahlt werden auf
Konto Winterhilfswerk Nr. 12599
bei der Anstaltssparkasse.

Volksfront Adolf Hitler'scher Lebensführung

Millionen Volksgenossen verehren den Führer wegen seiner beispielgebenden Lebensführung und Bescheidenheit. Von ärztlicher Seite wird nun der Vorschlag gemacht, eine „Volksfront Adolf Hitler'scher Lebensführung" zu bilden. Bekanntlich meidet der Volkskanzler in- und ausländische Genußmittel, ißt wenig und einfach, um so seine gesamte Lebens- und Arbeitskraft in den Dienst der großen Aufgabe stellen zu können. Aus dem unbelasteten Leib lassen sich Höchstleistungen erzielen, die sonst nicht möglich sind.

Die Volksfront Adolf Hitler'scher Lebensführung ist eigentlich schon da. Es sind alle jene Männer und Frauen, die sich ebenso wie der Führer zu einer reformerischen Lebensweise bekennen und so an einer gesundheitlichen Erstarkung Deutschlands, an der Ueberwindung liberaler, überlebter Anschauungen mitarbeiten.

Leider haben sich gerade in letzter Zeit Stimmen gegen diese führerhafte Lebensweise erhoben. Es sind Behauptungen aufgetaucht, die nicht zutreffen. Niemand denkt daran, z. B. das Fleisch abzuschaffen. Adolf Hitler hat nie ein Wort davon gesagt; wie er überhaupt in Dingen der Lebensführung vornehmerweise nicht den leisesten Zwang ausübt.

Eine fortschrittliche Ernährung, wie sie den wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahre entspricht, braucht nicht vollkommen auf das Fleisch verzichten; sie stellt es nur mehr in den Hintergrund und setzt an seine Stelle Eier, ganz besonders aber Milch, also auch landwirtschaftliche Erzeugnisse. Sie weiß auch den Wert der Magermilch zu schätzen, die trotz ihrer Billigkeit schwer absetzbar ist. Neuzeitliche Ernährung heißt auch nicht ausschließlich Rohkost, wohl aber betrachtet sie Frischgemüse und rohes Obst als wichtigen und regelmäßigen Bestandteil der Mahlzeiten. Die deutsche Landwirtschaft hat gezeigt, daß sie einen steigenden Bedarf an Gemüse befriedigen kann. Der Reformer ist überhaupt ein guter Abnehmer des deutschen Bauern und Gärtners. Denken wir an Vollkornbrot und die Verwertung großer Obsternten durch Herstellung von Obstsäften, ferner an Frischgemüse und Konserven, die auch er im Winter verwendet. Kartoffeln und Sauerkraut (ungekochtes) werden wegen ihres Mineralstoff- und Vitamingehaltes besonders hoch geschätzt! Für Hafer besteht geradezu eine Vorliebe, namentlich in der Kindererernährung. Deutscher Tee ist in diesen Kreisen das tägliche Getränk. Es ist vor allem der „Detmolder Haustee" aus deutschen Brombeerblättern auf chinesische Art hergestellt.

Man darf den guten Kern der Reformbewegung, die das Hauptstück dieser Volksfront ist, nicht verkennen. Tausende haben in dieser Bewegung Heil und Gesundheit wiedergefunden, Millionen sind ihr zugetan! Was bedeuten die Entgleisungen einzelner Ideologen, die keine praktische Verantwortung haben, wenn die Auswirkung im großen erfreulich ist. Auf die Gesinnung kommt es an, auf den ideellen Gehalt der Sache. Und dieser ist so einwandfrei, so deutsch und gesund, wie man es im Interesse der deutschen Entwicklung nur wünschen kann. Und so hoffen wir, daß sich eine „Volksfront Adolf Hitler'scher Lebensführung" immer deutlicher heraushebt!

Aufruf zur Weihnachtsfeier.

Folgender Aufruf wurde im nationalsozialistischen „Westfälischen Beobachter" veröffentlicht. Er galt für Minden-Lübbecke. Es wäre zu begrüßen, wenn er auch in andern Kreisen für die Veranstaltung der Weihnachtsfeiern maßgebend sein würde:

„Mancherlei Anzeichen deuten an, daß der diesjährigen Weihnachtsfeier dieselbe Entartung wie in der nur materialistischen Zeit der letzten Jahrzehnte droht. —

Seien wir doch aufrichtig!

Das erbaulichste Fest des deutschen Volkes, das Fest der tiefsten Verinnerlichung, die heimlichste und traulichste Feier der deutschen Familie war zu einem Fest der Veräußerlichung geworden. Erwachsene wie Kinder feierten sich durch mehrere Weihnachtsfeiern hin — veranstaltet mit theaterlichen Aufführungen geistloser Art und anschließendem Tanz und Alkoholgenuß. Der strahlende Weihnachtsbaum wurde Massenartikel und Durchgangsware, anstatt in stiller Dämmerstunde eine selige Botschaft Gottes zu sein, die Offenbarung echten deutschen Gemütes. —

Unsere große Gegenwart, die aus der Entartung zum wahrhaften Sinne volklichen Seins aufsteigen will, verpflichtet uns alle zur Revolution des Herzens. Wer sich zu ihr nicht durchzuringen vermag, ist und bleibt deutscher Schicksalsgemeinschaft unwert. Unsere Einkehr sei Umkehr!

Aus der Revolution des Herzens wollen wir uns zur Weihnachtsfeier bekennen, die allein ihrem Sinn und dem Geist unserer Zeit entspricht:

1. Die deutsche Weihnachtsfeier werde wieder ein Fest der Kirche und der Familie.

2. Keine Organisation halte sich verpflichtet oder gar berechtigt, eine weihnachtliche Vereinsfeier für Eltern und Kinder zu veranstalten.

3. Theaterspiel und Tanz sind mit dem weihevollen Charakter der „Weihnacht" unvereinbar. —

4. Der geschmückte Tannenbaum mit seinem Lichterglanz bleibe ganz den Weihnachstagen und der Familie vorbehalten.

5. Dem Charakter der Adventszeit entspricht allein das Tannengrün des Adventskranzes. Mit ihm schmücke man Schaufenster, Schulen und Säle. —

6. Alle Veranstaltungen der Winterhilfe, möglichst örtliche Gemeinschaften umschließend, sollen den so gekennzeichneten adventlichen Charakter tragen.

Wir rufen alle Eltern auf, in ihrem Interesse und mit Rücksicht auf die Jugend, mitzuhelfen, daß die deutsche Weihnacht wieder ein Fest der Familie werde!

Schmidt, Kreisleiter der NSDAP.
Dr. Hollo, Kreiskulturwart."

Strafanträge in Leipzig

Todesstrafe gegen Lubbe und Torgler gefordert

Im Reichstagsbrandstifterprozeß beantragte Oberreichsanwalt Dr. Werner nach Beendigung seiner Anklagerede gegen den Hauptangeklagten van der Lubbe die Todesstrafe wegen des fortgesetzten Verbrechens des Hochverrats in Tateinheit mit dem dreifachen Verbrechen schwerer Brandstiftung und wegen Versuchs der einfachen Brandstiftung. Außerdem beantragte der Oberreichsanwalt Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer. Der gleiche Antrag richtet sich gegen Torgler, der ebenfalls unter den gleichen Umständen zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt werden soll. Die drei bulgarischen Angeklagten Dimitroff, Popoff und Taneff sollen von der Anklage des versuchten Hochverrats in Tateinheit mit Brandstiftung aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden.

In der Begründung der Anklage hatte Oberreichsanwalt Dr. Werner im einzelnen u. a. noch folgende Ausführungen gemacht:

Irgendeine Person, die unmittelbar Kenntnis davon erhalten hat, daß die Angeklagten Dimitroff, Popoff und Taneff an der Tat beteiligt waren, ist nicht vorhanden. Die übrigen Angeklagten sind während und nach der Tat am Tatort nicht gesehen worden. Ihre Schuld kann deshalb nur nachgewiesen werden durch Umstände, die darauf hindeuten, daß sie mit der Tat in Verbindung stehen müssen. Wir müssen zunächst bei den Angeklagten fragen, konnten sie nach verständigen Erwägungen für sich einen Vorteil von der Sache erwarten, konnte der erwartete Vorteil für sie ein Impuls für die Tat sein? Bei dem politischen Charakter des Deliktes kommt der politische Vorteil für politische Gruppen in Frage. Da die Angeklagten alle Kommunisten sind, wird die Frage so zu stellen sein: Hatte die kommunistische Partei ein Interesse an der Tat und konnte sie von ihr unter Berücksichtigung der damaligen politischen Lage einen Vorteil von der Tat für die kommunistische Partei und ihre Ziele erwarten?

Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Wenn der kommunistischen Partei ihre Absicht gelungen wäre, hätten sie zweifellos einen ganz erheblichen Vorteil von der Sache gehabt, sie wäre an die Macht gelangt und hätte damit ihr Ziel erreicht, das sie seit vielen Jahren vergeblich zu erreichen versucht hat. Aber selbst, wenn die KPD. damit rechnete, daß die Sache erfolglos auslief, so bestand immer noch die Möglichkeit, die mißlungene Tat auszunutzen, wie sie es ja auch versucht hat, diese Tat ihren politischen Gegnern, den Nationalsozialisten, anzudichten. Daß die Sache nachher ganz anders ausgegangen ist, daß die erste und auch die zweite Erwägung fehlgeschlagen sind, ändert nichts an der Tatsache, daß die Erwägungen angestellt wurden und daß sie unter Umständen auch die Möglichkeit eines Erfolges in sich bargen. Die Täter müssen also in der kommunistischen Partei oder in den Personen gesucht werden, die mit den Zielen der KPD. sympathisierten.

Torgler schuldig und überführt

Der Oberreichsanwalt beschäftigte sich dann eingehend mit der Person Torglers und betonte dabei, daß auch Koenen zur Verantwortung gezogen worden wäre, wenn er nicht ins Ausland entkommen wäre. Der Verdacht falle auf Torgler zunächst deshalb, weil er sich kurz vor der Tat im Reichstage aufgehalten habe. Da für die Vorbereitung des Brandes hauptsächlich die Abendzeit in Frage komme, sei es besonders auffallend, daß der Aufenthalt Torglers gerade in dieser Zeit nicht nachgewiesen werden könne bzw. nachgewiesen worden sei. Zu diesem Verdachtmoment komme aber noch etwas anderes, und das sei das Durchschlagende:

Torgler ist nicht nur vor Entdeckung der Tat am Tatort gesehen worden, sondern er ist auch mit dem zweifellos festgestellten Täter kurz vor der Tat am Tatort gesehen worden. Die Zeugen Karwahne, Kroner und Frey haben nach 3 Uhr im Reichstage Torgler mit van der Lubbe zusammen gesehen. Die Personen, die nach Torglers Angabe mit Lubbe verwechselt worden sein konnten, kommen nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme dafür nicht in Frage. Es muß danach angenommen werden, daß Torgler wenige Stunden vor der Tat mit dem Täter zusammen im Reichstag gewesen ist. Torgler ist auch mit einer weiteren Person, die der Tat verdächtig gewesen ist, nämlich mit Popoff, zusammen am Tatort gesehen worden, wenige Stunden vor der Tat. Das ist durch die drei nationalsozialistischen Zeugen jedenfalls bekundet worden.

Ausführlich behandelte der Oberreichsanwalt dann noch die weiteren Momente, die den Tatverdacht gegen Torgler erhärten. So verwies er auf die belastenden Aussagen der Zeugen Lebermann und Grothe, wenngleich er nicht verkennen wolle, daß auf der Grundlage der Bekundungen Grothes allein auf das Schuldig nicht plädiert werden könne, da sich einige Momente ergeben hätten, die Zweifel an der vollen Glaubwürdigkeit dieses Zeugen als berechtigt erscheinen lassen. Lebermann habe die Rolle spielen sollen, die später Lubbe übernommen habe. Schließlich erinnerte der Oberreichsanwalt noch daran, daß Torgler am Brandtage auf dem Wege zum Reichstag mehreren Zeugen durch seine übernormal schwere Aktentasche und durch sein scheues Wesen aufgefallen ist sowie auf die beim Bekanntwerden des Brandes im Aschingerrestaurant gezeigte Gleichgültigkeit.

Zusammenfassend erklärte der Oberreichsanwalt dann, es könne kein Zweifel bestehen, daß der Angeklagte Torgler als Täter am Reichstagsbrand beteiligt sei, und daß er die Tat begangen habe zu dem Zweck, die Mitglieder der KPD. zum Losschlagen anzureizen. Es handelte sich um vollendete Brandstiftung, und es komme außerdem in Tateinheit hinzu, daß ein hochverräterisches Unternehmen begangen worden sei.

Im zweiten Teil der Sitzung beschäftigte sich der Oberreichsanwalt mit den drei Bulgaren, wobei er darauf hinwies, daß es höchst verdächtig ist, daß die Angeklagten sich gerade in einer Zeit in Deutschland eingefunden haben, in der von den Kommunisten ein bewaffneter Aufstand vorbereitet worden ist. **Wenn die drei Bulgaren behauptet hätten, sie hätten sich für deutsche Verhältnisse nicht interessiert, so sei das vollkommen unglaubwürdig. Jedenfalls stehe fest, daß Dimitroff mit einem Führer der deutschen Kommunisten in Verkehr gestanden habe. Auch hätten Dimitroff und Popoff in der Voruntersuchung alles getan, um die Untersuchungsbehörde irrezuführen.** Ein bestimmter Nachweis, daß sich Dimitroff in Deutschland nicht nur mit bulgarischen Fragen befaßt, sondern auch andere Dinge getrieben habe, sei jedoch im allgemeinen nicht möglich gewesen. Fest stehe jedoch, daß Popoff schon im Sommer 1932 in Deutschland war und seinen Aufenthalt zu verbergen suchte.

*

Freispruch für die Bulgaren beantragt

Aus Mangel an Beweisen.

Die eigentliche Brücke, die vom Reichstagsbrand zu den angeklagten Bulgaren führte, sei die Aussage des Kellners Helmer vom Bayernhof, die allerdings durch andere Zeugenaussagen bis zu einem nicht unerheblichen Grade als zweifelhaft zu bezeichnen sei. Man werde demnach der Aussage Helmers mit einer gewissen Skepsis gegenübertreten müssen und auf sie kein ausschlaggebendes Gewicht legen dürfen.

Der Oberreichsanwalt erklärt zum Schluß, es bestehe ein erheblicher Verdacht, daß die drei angeklagten Bulgaren unerlaubte Dinge in Deutschland getrieben haben, die mit der Vorbereitung einer deutschen Revolution im Zusammenhang stehen. Daß sie aber gerade mit dem Reichstagsbrand in Beziehung stehen, sei nicht mit Bestimmtheit zu erweisen, obwohl ein starker Verdacht nach dieser Richtung bestehen bleibt.

50000 neue Kleinsiedlerstellen

Reichsarbeitsminister Seldte über die Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung.

Bei einer Aussprache über die Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung im Reichsarbeitsministerium machte Reichsminister Seldte grundsätzliche Ausführungen. In rund zehn Monaten seien weitere 110 Millionen RM der Kleinsiedlung zugeführt worden, von denen allein in diesem Jahre rund 50 000 Kleinsiedlerstellen hätten gefördert werden können, während von 1931 bis zu seinem Amtsantritt nur 83 Millionen RM zur Verfügung gestellt worden seien, mit denen insgesamt rund 30 000 Kleinsiedlerstellen gefördert werden konnten. Die Kleinsiedlung habe nicht mehr den ausschließlichen Charakter einer Erwerbslosensiedlung, sondern stelle sich immer mehr als eine nebenberufliche Siedlung dar. Dabei werden den kinderreichen Familien und den Kriegsopfern besondere Vergünstigungen gewährt werden, ebenso auch allen anderen Kriegsteilnehmern.

Haushaltsordnung geändert

Vereinheitlichung des Haushaltsrechts in Deutschland.

Im Reichsgesetzblatt wird das vor einigen Tagen vom Reichskabinett beschlossene Gesetz über die zweite Aenderung der Reichshaushalts-Ordnung veröffentlicht. Durch dieses Gesetz wird die Reichshaushalts-Ordnung insbesondere in zweierlei Richtung umgestaltet:

1. wird die Haushaltsordnung, die bisher lediglich auf die Bedürfnisse des Reiches abgestellt war, den Bedürfnissen der Länder und insbesondere der Gemeinden angepaßt. Auf diese Weise wird ein großer Schritt in der Richtung der Vereinheitlichung des Haushaltsrechts in Deutschland getan;

2. wird hinsichtlich der Rechnungsprüfung dem Präsidenten des Rechnungshofes ein stärkerer Einfluß auf die Beschlüsse des Rechnungshofes eingeräumt. Gleichzeitig wird ihm ein Vizepräsident zur Seite gestellt. Unter Aufhebung des bisherigen Büros des Reichssparkommissars werden die Geschäfte dieses Büros in der Hauptsache der Präsidialabteilung des Rechnungshofes zugewiesen. Die Aufhebung des Büros des Sparkommissars bedeutet also nicht ein Aufheben der bisherigen Bestrebungen auf eine sparsame und wirtschaftliche öffentliche Verwaltung.

Neben den Verwaltungsaufgaben des Rechnungshofes wird der Präsidial-Abteilung in Zukunft insbesondere obliegen, die Reichsverwaltungen, die Verwaltungen der Länder und Gemeinden usw. in der Form durchzuprüfen, wie es bisher vom Büro des Sparkommissars geschehen ist. Die Auflösung des Büros des Sparkommissars wird spätestens am 31. März 1934 erfolgen.

Die Olympischen Spiele

Erklärung des Führers.

Der Führer, Reichskanzler Adolf Hitler, hat folgende Erklärung zu den Olympischen Spielen abgegeben:

Mit dem heutigen Tage habe ich meine endgültige Genehmigung zum Beginn und zur Durchführung der Bauten auf dem Stadiongelände gegeben. Deutschland erhält damit eine Sportstätte, die ihresgleichen in der Welt sucht. Daß die Durchführung der geplanten großzügigen Baumaßnahmen viele Tausende von Arbeitstagewerken schafft, erfüllt mich mit besonderer Freude.

Bauten allein genügen jedoch nicht, um eine der Weltgeltung unserer Nation entsprechende Vertretung des deutschen Sportes bei den internationalen Wettkämpfen zu gewährleisten. Ausschlaggebend ist vielmehr der einheitliche, einsatzbereite Wille der Nation, aus allen Gauen Deutschlands die besten Kämpfer auszuwählen und sie zu schulen und zu stählen, damit wir bei dem bevorstehenden Wettspiel in Ehren bestehen.

Eine nicht weniger wichtige Aufgabe ist die dauernde und nachhaltige Pflege der Leibesübungen im ganzen deutschen Volke als eines der wichtigsten Kulturgüter im nationalsozialistischen Staat. Wir werden dadurch dem Geist des neuen Deutschand in der Kraft seines Volkes eine dauernde Grundlage schaffen.

Für die erfolgreiche Durchführung dieser beiden Aufgaben ist der Reichssportführer mir und dem zuständigen Reichsminister des Innern allein verantwortlich. Ich ersuche alle Organisationen, Behörden und so weiter, ihm jede mögliche Unterstützung und Förderung zuteil werden zu lassen.

Freigabe der Alkoholeinfuhr nach USA. Das Alkoholamt der Vereinigten Staaten hat für die Zeit bis zum 1. 4. 1934 die Einfuhr von 5 595 137 Gallonen alkoholischer Getränke jeder Art einschließlich Bier freigegeben. An der Einfuhr soll Deutschland mit 399 000 Gallonen beteiligt sein.

Abrechnung mit Dollfuß

Scharfe Kritik im niederösterreichischen Landtag.

Im niederösterreichischen Landtag äußerte sich Vizepräsident Petznek recht deutlich über die wahre Lage Oesterreichs. Offen bezeichnete Vizepräsident Petznek den kurz zuvor vom Finanzreferenten erstatteten Bericht als das Eingeständnis, daß das Land seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Oesterreich habe eine furchtbare Schrumpfung seiner Industrie erlebt; die Arbeitslosigkeit sei furchtbar gestiegen, die Bauern seien überschuldet die Gewerbetreibenden zahlungsunfähig. Die Freiheitsrechte der Bevölkerung seien eingeschränkt. Die Presse auf das stärkste geknebelt worden.

Oesterreich sei heute zu einem Balkanstaat herabgesunken. Die Rolle der Komitatschis spiele die Heimwehr. Sie drohe offenkundig mit dem Putsch, wenn Dollfuß ihre Forderungen nicht erfülle. Die Vaterländische Front habe freiwillige und unfreiwillige Mitglieder; die ersteren seien Juden, zu den unfreiwilligen Mitgliedern gehörten die Bundes- und öffentlichen Angestellten. Wenn Bundeskanzler Dollfuß trotzdem glaube, die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben, dann solle er schleunigst Neuwahlen ausschreiben.

Weihnachten in der Familie

Gaststättenschluß am Heiligen Abend um 5 Uhr.

Zwischen der Zentralverwaltung des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststättengewerbes und dem Reichsfachschaftswart der Gaststättenangestellten, Pg. Sander, ist vereinbart worden, daß grundsätzlich allen Angestellten Gelegenheit gegeben werden soll, das Weihnachtsfest in der Familie zu feiern. Deshalb sollen im ganzen Reiche die Gaststättenbetriebe nach Möglichkeit am Heiligabend um 5 Uhr nachmittags schließen. Wo ein Bedürfnis zum Offenhalten über 5 Uhr hinaus vorliegt, sind Ausnahmen nur mit Genehmigung der Gauverwaltung des Reichseinheitsverbandes zulässig; aber auch in diesen Fällen sollen nur unverheiratete Arbeitnehmer zur Dienstleistung herangezogen werden.

Eröffnung der Westfälischen Provinzialsynode in Dortmund. In Dortmund wurde die außerordentliche Westfälische Provinzialsynode eröffnet. Während der Verhandlungen nahm das Wort: der Präsident der Synode D. Koch-Oeynhausen, Professor Dr. Werner, Bischof Adler und Professor D. Schmitz.

Die „Offene Markt"-Politik.

Seit die B. J. Z. der Reichsbank ihre Zustimmung dazu gab, daß die Reichsbank festverzinsliche Wertpapiere kaufen und zur Notendeckung verwenden darf, ist obige Ueberschrift in der Presse ab und zu erwähnt. Viele werden die Bedeutung dieser Maßnahme wenig beachtet haben. Deshalb sei kurz einiges angeführt. —

Die Reichsbank ist auf Grund der angegebenen Ermächtigung nicht mehr starr an die Goldwährung gebunden. Sie kann die Geldverwaltung mehr den Bedürfnissen der Wirtschaft anpassen, wie es im Aufwärts schon oft gefordert wurde. Die „Offene Markt"-Politik ist also nicht mehr und nicht weniger als eine Absage an den Golddeckungsglauben, wenn auch seitens der Reichsbank das nicht offen ausgesprochen wird. Wenn die Reichsbank verzinsliche Wertpapiere aufkauft, kommt diesem Kauf eine viel größere Bedeutung zu, als wenn eine Privatperson einen solchen Kauf tätigt. Kauft eine Privatperson Wertpapiere, so ist sie gezwungen, an einer andern Stelle, Sparkasse usw., das notwendige Geld zu nehmen. Dadurch ist die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes nur an einen anderen Platz verlegt. Tätigt aber die Reichsbank einen solchen Kauf, so kann sie mit Hilfe ihres Notenschöpfungsrechtes zusätzliches Geld der Wirtschaft zuführen und Krediterleichterungen schaffen. Aengstlichen sei aber gesagt, daß damit durchaus keine Inflationsgefahr entsteht; denn es besteht infolge der selbstmörderischen Deflation der vergangenen Jahre noch ein weiter Spielraum für Kreditausweitung, um die Schäden allmählich auszuheilen. Das Eingreifen der Reichsbank auf dem Börsenmarkte brachte den betreffenden Wertpapieren gewaltige Kurssteigerungen. Das Geld rollte. Die Kommunen und industriellen Betriebe, deren Papiere hohe Kursgewinne erzielten, haben nicht nur eine erweiterte Kreditbasis, nein, auch das übrige Wirtschaftsleben wird eine günstige Beeinflussung erfahren, wenn es der Reichsbank gelingt, auf diese Weise die großen gehorteten Geldmengen in Bewegung zu bringen. Dann wird der Güteraustausch lebhafter werden, womit wiederum die Arbeitslosigkeit organisch sich verringert. Wir wollen hoffen, daß diese beabsichtigte Wirkung eintritt.

Wie schwer es aber ist, die Wirtschaft, die durch eine furchtbare Deflation in den Erstarrungstod getrieben, wieder in Gang zu bringen, mag uns ein Blick nach Amerika zeigen. Roosevelt erstrebt auch durch den Ankauf von Wertpapieren den Kredit zu fördern, das Geld ins Rollen zu bringen. Große Beträge wurden zu diesem Zwecke verwandt; aber dieselben Beträge gingen als Girogelder wieder bei den Banken ein und mieden den Weg durch die Wirtschaft. So wurde das Ziel nicht erreicht. Allem Anschein nach leitet die internationale Hochfinanz unter Morgans Führung das Geld in die Banktresors, wo es wirkungslos liegt; denn sie will Roosevelts Weg nach einer festen Indexwährung sabotieren, da die Hochfinanz von Hausse und Baisse lebt. Hätte Präsident Roosevelt Irving Fischers Rat, das Geld unter Umlaufzwang zu setzen, befolgt, wäre er längst endgültiger Sieger über die Hochfinanz.

Möge unsere Regierung ihren Blick auf jenes Ringen richten; denn die internationale Hochfinanz ist auch unser schlimmster Gegner.

H. K.

Aufruf!

des Winterhilfswerkes Bethel-Gadderbaum.

„Allen bedürftigen Volksgenossen eine Weihnachtsfreude!"

Reger Verkehr herrscht nun auch in den Straßen Bethels und des Eggetales. Teils schwer, teils leicht bepackt kommen die Käufer aus den einzelnen Geschäften und eilen ihrer Wohnung zu. Stille Freude strahlt aus den Augen der Alten und Jungen. Wie oft hört man jetzt die Worte: „Ich möchte Vater diese und Mutter jene Freude machen. Was hast du?" „Ich muß noch tüchtig fleißig sein, laubsägen und mir dafür in Ophir ein Kalenderblöcklein holen." So geht es in einem fort. Aber oft trifft man hier und da Menschen mit ängstlichen und fragenden Blicken. An den abgetragenen Kleidern, welche dem unterernährten Körper keine Wärme mehr geben können, erkennt man ihre Not, die sie in diesen Tagen doppelt schmerzlich empfinden. Wer sich als Christ und bewußter Deutscher fühlt, wird nie gedankenlos an den Aermsten vorbeihasten. Volksnot ist auch deine Not und der Wille des neuen Deutschlands ist, daß gerade am Weihnachtsfest niemand frieren und hungern soll. Deshalb verstecke dich nicht hinter deinem ruhigen Gewissen, das sich mit dem Sprüchlein trösten soll: „Ich habe genug getan." Geben ist Sache des Herzens und wer spenden will muß opfern.

Immer noch fehlt trotz aller Sammlungen auch in unserem Bezirk das Nötigste. Die Kleider- und Schuhbestände unserer „Winterhilfe" sind stark gelichtet, und noch konnten nicht alle bedacht werden.

Wir möchten nun zu Weihnachten allen Volksgenossen, die noch ohne Arbeit sind und sich in Not befinden, ein Weihnachtspaket zukommen lassen. Aus diesem Grunde wird die Arbeitsgemeinschaft des Winterhilfswerkes **am kommenden Sonntag in unseren Straßen und Privathäusern eine Sammlung für die Weihnachtsgaben** veranstalten.

Es lebt noch mancher im Ueberfluß, der keine Sorgen um das tägliche Brot kennt. An ihn ergeht die besondere Bitte des WHW. nach dem Grundsatz des Führers, den deutschen Sozialismus in die Tat umzusetzen:

„Wer Almosen gibt, beschmutzt sich und beleidigt sein Volk." Nur wer freudig opfert stellt sich in die Front des neuen Deutschlands. Deshalb beherzige jeder die Meinung des WHW.:

„Allen bedürftigen Volksgenossen eine Weihnachtsfreude."

Volksmissionarischer Dienst zu Advent, Weihnachten und Sylvester.

In der Advents- und Weihnachtszeit sind viele Herzen besonders geöffnet für ein volksmissionarisches Wort. Es ist leichter als zu anderer Zeit in der Vorweihnacht an das **Gemüt und Herz des deutschen Menschen** heranzukommen. Wir sollten die Augen aufmachen, wie wir gerade in dieser Zeit möglichst viele volksmissionarisch erreichen können. Aber wir müssen sorgfältig darauf achten, daß das Ganze nicht im Gemütvollen und Stimmungsmäßigen hängenbleibt, sondern daß die zum Gemüt geöffnete Tür benutzt wird, um **zum Herzen der Hörer vorzudringen und das volle ganze Evangelium von unserem Herrn und Heiland zu sagen.**

Im Eichenkreuz-Verlag, W.-Barmen, Adolf Hitlerstraße 481, ist zum Preise von **Mk. 0,60** ein wertvolles Heft: **„Land, Land, Land, höre des Herrn Wort!"** als Handreichung für volksmissionarischen Jungmannschaftsdienst zu Advent, Weihnachten und Silvester erschienen. In diesem Heft werden zunächst die zahlreichen volksmissionarischen Möglichkeiten in Großstadthöfen, im Wartesaal, im Arbeitsdienstlager, im Gastgewerbe, in der Barackenkolonie, Herberge zur Heimat, in Nachbardörfern gezeigt.

Ferner werden drei Sprechchöre für Advent und Weihnachten als Material geboten. Dabei sei besonders der eigenartige Sprechchor mit Texten aus Otfrids altem deutschen Evangelienbuch hervorgehoben, der, verbunden mit schönen, deutschen Weihnachtsliedern die Weihnachtsgeschichte uns nahe bringt. — Weiter die Kinderfeierstunde „Nun singet und seid froh", in der Kinder sich und Erwachsenen das Evangelium ins Herz singen sollen.

Endlich werden in einem dritten Teil Kurzansprachen und Kurzsprechchöre für Advent, Weihnachten und Silvester geboten. —

Hoffentlich trägt das Heft recht dazu bei, daß die volksmissionarische Arbeit zu Advent, Weihnachten und Silvester freudig und evangeliumsgemäß in die Hand genommen wird.

Verschiedenes.

Stand der Rundfunkteilnehmer am 1. Dezember. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer im Deutschen Reiche betrug am 1. Dezember 4 837 549 gegenüber 4 635 737 am 1. November d. J. Hiernach ist im Laufe des Monats November eine Zunahme von 202 012 Teilnehmern (4,4 v. H.) eingetreten. Unter der Gesamtzahl befinden sich 499 079 Rundfunkteilnehmer, denen die Gebühren erlassen sind, gegenüber 503 420 am 1. November. Die Zahl der gebührenfreien Teilnehmer (hauptsächlich Arbeitslose) ist mithin um 4341 weiter zurückgegangen.

Getarnte Neuorganisation der SPD. in Aachen zerschlagen. Der Staatspolizei ist es nach langwierigen Ermittlungen gelungen, die geschickt getarnte Neuorganisation der SPD. im Regierungsbezirk Aachen zu zerschlagen. Mehrere bereits früher tätig gewesene und auch neue Funktionäre wurden in Haft genommen.

Bücher und Zeitschriften.

Sturmgeschlecht, Roman von Friedrich Ekkehard. Eher-Verlag, München. 304 Seiten. In Leinen geb. 3,75 RM.

Das Buch „Sturmgeschlecht" von Friedrich Ekkehard ist nicht nur ein Roman, sondern zugleich eine erschütternde Chronik jener unseligen deutschen Geschichtsperiode zwischen dem 9. November 1918 und dem 9. November 1923. Mit einem Stil, der sich über die üblichen literarischen Gesetze kühn hinwegsetzt, schildert der Verfasser jene furchtbare Zeit, in denen Versailles, Räteherrschaft, Spartakus, rote und schwarze Schmach, Geiselmorde, Hunger und Inflation das deutsche Volk buchstäblich abzuwürgen drohten. Die ungeheuerliche Dramatik des Buches — sowohl hinsichtlich des Inhalts als auch der Darstellung — wird jeden Leser bis ins Innerste packen und erschüttern, dem deutsches Blut in den Adern rollt. Auf dem Weihnachtstisch des Jahres 1933 gebührt dem „Sturmgeschlecht" ein Ehrenplatz.

Eine Kirchengeschichte des Jahres 1933! Die Unmöglichkeit, die sich seit dem Frühjahr überstürzenden Ereignisse auf kirchlichem Gebiet zu verfolgen, erfordert dringend eine zusammenhängende, von jeder kirchenpolitischen Richtung unabhängige Darstellung. Privatdozent Dr. Andreas Duhm (Heidelberg) wird nun im Verlag Leopold Klotz in Gotha schon in diesem Monat eine Kirchengeschichte des Jahres 1933 unter dem Titel: Der Kampf um die Kirche herauszugeben beginnen. Die Reihe erscheint in Heften von je ca. 1,— *RM.*

Weihnachten in Bethel

Wieder rüsten wir uns in Bethel auf das große Fest des Friedens und der Freude. Es wirft bei uns seine Strahlen hinein in eine Welt der Dunkelheit. Hier und in unsern Zweiganstalten beherbergen wir mehr als 6000 große und kleine Leute, die durch Krankheit oder Tod ihre Heimat verloren haben. Alle Gestalten menschlichen Leidens ziehen an uns vorüber; und mancher deutschen Mutter ärmstes und doch liebstes Kind dürfen wir hier in der Stille pflegen. Pflegen aber heißt, in ein müde gewordenes Leben Kräfte der Genesung fließen lassen. Diese Kräfte heißen Arbeit und Freude. Was irgend kann, arbeitet in Bethel. Und wer kaum noch arbeiten kann, ist doch für Freude empfänglich, die ihm die Liebe bereitet.

Durch Liebe Freude bereiten, das ist die Kunst der weihnachtlichen Zeit. Wir bitten um gute Bundesgenossenschaft in diesem Dienst. Dabei darf daran erinnert werden, daß Bethel in weitem Maß Winterhilfe leistet, vor allem auch an sehr vielen Arbeits- und Heimatlosen. Um sie und die Kranken und Kinder versorgen zu können, ist uns alles sehr willkommen. Besonders freut sich unser „Weihnachtshaus" (Anschrift: Weihnachtshaus, Bethel b. Bielefeld, Bahnstation Brackwede) über Lebensmittel, Kleidungsstücke, Schuhe, Strickwolle, Spiele, Bücher usw. Je eher man uns senden kann, desto leichter können wir alles richtig verteilen. Nicht minder dankbar sind wir für jedes Geldgeschenk, das wir in Weihnachtsgaben umwandeln können. (Postscheckkonto 1904 Hannover.)

Allen Freunden von Bethel aber wünschen wir viel Freude durch das heilige Kind, das vom Himmel auf die Erde kam, um uns in Ewigkeit reich und gesund zu machen.

Mit herzlichem Weihnachtsgruß

F. v. Bodelschwingh, Pastor.

Bethel bei Bielefeld, im Advent 1933.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde.

Sonntag, den 17. Dezember 1933 (3. Advent).

Sonnabend, 19,10 Uhr: Beichte und Abendmahl in Zion: Pastor Frick.

Sonntag, 8½ Uhr: Adventsgottesdienst, Pastor Wörmann. 9 Uhr: Pastor Kirschsieper. 10 Uhr: Pastor Scholten; Abordnung und Verabschiedung von 11 Missionsgeschwistern durch Miss.-Insp. Trittelvitz. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.

Adventsgottesdienste:

Dienstag 19½ Uhr: Pastor Wörmann.
Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Wörmann.

W. Taubert
Stahlwaren-Spezialgeschäft, Schleiferei u. Reparatur-Werkstatt
Bielefeld Altstädterkirchstraße 4
empfiehlt sein großes Lager in:
Haarschneidemaschinen, Rasierapparaten, Abziehapparaten, Rasiermessern, Scheren, Messern, Taschenmessern, Tischbestecken usw.
in guter Qualität zu den billigsten Preisen.

ZUM WEIHNACHTSFEST
EINE GUTE PHOTOGRAPHIE!
Spezialität: Herstellung von Vergrößerungen selbst nach schlechten Vorlagen.
Photograph
ERNST LOHÖFENER
Bielefeld / Gütersloherstraße 18 a
Atelier an d. Advents-Sonntagen v. 9-18 Uhr geöffnet.

Kenner Kaufen Kemp's Klaviere
Bielefeld / Oberntorwall 32

Bohnerwachs
Hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5,— franko. Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.

Harmonium
zu verkaufen. Schildmann, Bielefeld, Gütersloherstraße 27.

Reiner Lindenhonig
Neunpfundbüchse 11,80 RM unter Nachnahme.
Pastor Buchin, Neubrandenburg.

Brot von der
besten Marke
kaufen Sie bei
Brot-Starke
Am Bach 44 Fernruf 4150



Der erfüllte Weihnachtswunsch die elektrische Singer
Weitestgehende Zahlungserleichterungen
Mäßige Monatsraten
Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft
Berlin W 8, Kronenstraße 22 • Singer Kundendienst überall

Schenken und kaufen
gibt Freude und Arbeit für viele schaffende Hände
Hübsche Stoffe, Wäsche, Kleidung, Gardinen, Teppiche, Decken usw.
sind besonders begehrt. :: Bewährte Qualität und guter Geschmack, die Sie bei BUDDEBERG in allen Preislagen finden, machen ihre Weihnachtsgeschenke wertvoller.
Mittags ist durchgehend geöffnet
F. Buddeberg
Bielefeld

Stellen-Gesuche und -Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Bethel.

— Am Sonnabend, den 16. 12., tritt die **Jungenschaft Seidlitz im Jungenzug „Rote Husaren"** um 3 Uhr nachmittags auf dem Volksschulhof Bethel-Gadderbaum an.

— Unsere **Blaukreuzstunde** ist an jedem Donnerstag abend 8 Uhr in Gosen. Jeder ist herzlich willkommen.

— **Sareptaschule:** Das Schulfest des Lyzeums brachte einen Reinertrag von 103,08 *RM*, der an die Winterhilfe zur Beschaffung von Weihnachtsgaben für die Gemeinde abgeliefert wurde. Allen Gebern herzlichen Dank!

— **Gefunden:** 1 goldenes Armband, 1 Rechenschieber, 1 Fahrradsattel, Handschuhe und Damengürtel. Näheres Telefonamt.

— **Heidschnuckenfelle, besond. groß, d. Stck. 9,80 *RM*, Ohrenschützer, in guter Ausführung, d. Paar 0, 38 *RM*. Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.**

— **Der Verkauf von Weihnachtsbäumen** findet am nächsten Sonnabend, dem 16. Dezember, morgens um 8 Uhr, in der Gärtnerei statt.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.